

AK Wirtschaftspolitik

Sitzung vom 4. August 2009 – Protokoll

Web

1 Steinmeier-Vorschlag / "Deutschland-Plan"

Im AK wird der Vorschlag von Steinmeier kontrovers diskutiert. Einigkeit besteht darin, dass große Teile vom Green New Deal „abgekupfert“ wurden.

Beim Green New Deal sollen im Zeitraum von 2009 bis 2013 1 Mill. Jobs geschaffen werden und zwar in den Sektoren ökologische Modernisierung 500.000 Arbeitsplätze, 185.000 Arbeitsplätze im Bereich Bildung, 150.000 im Bereich Gesundheit, 60.000 Arbeitsplätze im Bereich sozialer Arbeitsmarkt und 200.000 Arbeitsplätze durch den Abbau von Schwarzarbeit (s. S. 11 Green New Deal).

Beim Vorschlag von Steinmeier ist der Zeitraum bis zum Jahr 2020 festgelegt worden und es sollen insgesamt 4 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch hier stellt der Bereich der ökologischen Modernisierung den größten „Posten“ dar mit 2 Millionen Arbeitsplätzen und auch der Gesundheitssektor ist mit 1 Millionen Arbeitsplätze stark vertreten.

Neu ist vor allem der Bereich der Kulturwirtschaft (500.000 Arbeitsplätze). Der Bereich der Schwarzarbeit wird nicht erwähnt.

Ob man überhaupt mit der Schaffung von Arbeitsplätzen werben sollte, wird kontrovers diskutiert. Kai ist der Meinung, dass der Staat vor allem den ordnungspolitischen Rahmen schaffen soll und dass es nicht nur um möglichst viele Arbeitsplätze gehen sollte, sondern um die Lebensqualität der Menschen. Insofern ist die aktuelle Diskussion eine antiquierte Diskussion, da Vollbeschäftigung ohnehin eine Illusion ist.

Andere sind der Meinung, dass man durchaus gezielt auf die Sorgen und Nöte der Menschen eingehen sollte und dass ist nun mal die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Das gezielte Werben mit der Schaffung von Arbeitsplätzen gibt somit auch Hoffnung in schwierigen Zeiten und zeigt an, in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickeln soll.

Andere sehen das Ganze eher nüchtern und sind der Meinung, dass die diejenigen die das beste Theater inszenieren, die Wahlen gewinnen werden.

Bei der Frage, wie wir als Grüne am besten mit dem Steinmeier-Vorschlag umgehen sollten, sind wir uns relativ einig.

Es sollte vor allem inhaltlich argumentiert werden, auf die Widersprüche hingewiesen werden und auf die konkreten Leistungen der SPD während ihrer Regierungsverantwortung verwiesen werden.

2 Desertec

Bis zum Jahr 2050 (?) soll in der nordafrikanischen Wüste ein großes Solarkraftwerk gebaut werden, das 15 % der Stromversorgung in Europa sicherstellen soll. Das Solarkraftwerk soll von einem Firmenkonsortium unter der Führung der Münchener Rückversicherung gebaut werden.

Dieses Thema wurde auf der „Linken Liste“ der Grünen (über 700 Mitglieder) sehr kontrovers diskutiert. Auch bei uns im AK gibt es unterschiedliche Positionen.

Die entscheidenden Fragen sind die nach einer dezentralen oder/und zentralen Energieversorgung und die nach dem Umgang mit den großen Strommonopolisten.

Besteht die Gefahr, dass das Solarkraftwerk vor allem eine „Alibi-Funktion“ hat und Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke als „Brückentechnologie“ dargestellt werden?

Wie werden die afrikanischen Staaten an der Stromproduktion beteiligt? Sollen sie lediglich Transfer-Staaten sein oder bekommen sie einen vertraglich festgelegten Teil der Stromproduktion? Besteht die Gefahr eines Neo-Kolonialismus?

Für den Umgang mit den großen Stromkonzernen ist eine entscheidende Variable die Trennung von Netz und Erzeugung. Zu diesem Thema hat man in den letzten Wochen relativ wenig gehört.

Darüberhinaus sind durch neue technologische Entwicklungen in Zukunft völlig neue Netzstrukturen möglich.

3 Städte-Ranking

Nach einer Untersuchung des Feri-Instituts ist die Wirtschaftskraft von Köln um zehn Plätze gefallen. Die Studie erfolgte im Auftrag der Zeitschrift „Capital“ und untersuchte die Wirtschaftskraft der 60 größten Kommunen in Deutschland nach den Kriterien:

- ⇒ Wirtschaftsleistung
- ⇒ Arbeitsplätze
- ⇒ Bevölkerung
- ⇒ Kaufkraft

Es wurden lediglich vier „harte“ Standortfaktoren zu Grunde gelegt. Die Untersuchung erfolgte zum fünften Mal.

Besonders auffallend ist, dass eine Reihe von Universitätsstädten wie Münster, Bonn und Freiburg den Großstädten die Vormachtsstellung streitig macht (s. auch Artikel im KSA vom 22.7.09).

Im AK wurde das Städte-Ranking unterschiedlich interpretiert.

Für die Einen war es die erneute Bestätigung dafür, dass Köln trotz „ewiger“ Bestätigung seines Potenzials und trotz eines Rot-Grünen Wirtschaftsdezernenten de Facto weiter auf dem absteigenden Ast ist, für die anderen greift das Ranking mit seinen lediglich vier Faktoren zu kurz.

Im AK wurde im Jahr 2007 sehr intensiv eine Studie des CDU-Wirtschaftsrates diskutiert, die ihrerseits zu einem Großteil auf einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (Köln) basierte. Bei dieser Studie wurden über 100 Faktoren berücksichtigt und Köln nur eine durchschnittliche Wirtschaftsleistung bescheinigt. Allerdings bezog sich diese Studie auf die Zeit vor der Ernennung eines Rot-Grünen Wirtschaftsdezernenten. In anderen Studien, die seitdem erhoben wurden schnitt Köln teilweise deutlich besser ab.

Für uns als AK ist es wichtig, eine eigene Position zu den verschiedenen Städte-Rankings zu entwickeln. Auffallend ist, dass bei den meisten Studien die sozialen und nachhaltigen Faktoren völlig unzureichend erfasst werden. Insofern greift die moderne Wirtschaftswissenschaft bei der Erfassung der Wirtschaftskraft zu kurz. In der aktuellen Studie des Feri-Instituts werden z.B. die Faktoren Bildung, soziale Stabilität und Kultur überhaupt nicht erfasst.

Auf dem Weg zu einer globalen Wissensgesellschaft werden allerdings sogenannte „weiche“ Standortfaktoren immer mehr zu „harten“ Standortfaktoren. Auch dies ist in der Studie des Feri-Instituts nicht berücksichtigt.

Im AK zeichneten sich unterschiedliche Meinungen darüber ab, wie viel Hoffnung es für Köln gibt. Während die einen eher eine resignierte Position vertraten, sehen andere die Kölner Situation vor allem als eine große Herausforderung.

Gemeinsam wurde vereinbart in der November-Sitzung die Kölner Situation als Schwerpunktthema zu besprechen.

Gleichzeitig wurde vereinbart anhand klar operationalisierbarer Faktoren eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

f.d. Prot.: Matthias Lenk